

war mein Geschäft viel wichtiger.« Er habe einmal politische Auskünfte geben sollen, aber dies wären Leute gewesen, die er nicht gekannt habe, sie wären am Fliegerhorst beschäftigt gewesen. Zu ihm seien Kriegsgefangene ins Geschäft gekommen und er habe Reparaturen unentgeltlich gemacht, da die Franzosen ja kein Geld gehabt hätten. Er sei 1940 in privater Angelegenheit aus der Kirche ausgetreten. Im Jahr 1939 sei er nicht mehr der Überzeugung gewesen wie am Anfang, er, Brenner, habe gesehen, dass das ganze System nichts ist, er habe sich innerlich gewandelt, dies habe er nach außen nicht gezeigt. Er habe keinen Vorteil gehabt und nie für die Kriegsrüstung gearbeitet. Er sei zehn Monate in Haft gewesen. In der Spruchkammerverhandlung am 29. 8. 1947 sagte der Zweite Bürgermeister Michael Neumeier, SPD-Gemeinderat in der Weimarer Republik, 1933 einige Monate im KZ Dachau, aus, dass er Brenner am 29. 7. 1946 als überzeugten Anhänger des Nationalsozialismus beurteilt habe, der mit Parteigrößen verkehrte und dass er als Spitzel aufgestellt gewesen sei. Ihm gegenüber, so Neumeier, sei Brenner immer human gewesen. Er, Neumeier, sei während des Krieges des Öfteren gewarnt worden, dass er bei Gesprächen mit ihm vorsichtig sein solle. Es sei ihm auch kein Fall von Denunziation bekannt. Ähnlich äußerte sich der Polizeibeamte Edin, der aussagte, dass es stadtbekannt gewesen sei, dass Brenner und seine Familie mit an der Spitze der überzeugtesten Hitleranhänger gewesen seien. Brenner sei in der Öffentlichkeit nur als Feuerwehrmann aufgetreten. Eine Denunziation sei ihm, Edin, nicht bekannt. Auch Hans Wachter, kein NSDAP-Mitglied, erster gewählter CSU-Bürgermeister nach 1945, bezeichnete Brenner als politisch aktiv und als Uniformträger an vorderster Linie. Der ehemalige Polizeichef Wilhelm Geiger, jetzt wohnhaft in Bad Aibling, der nicht Mitglied der NSDAP gewesen war, berichtete, dass er mit Brenner im Schützenverein zusammengekommen sei, dass sie sich nie über Politik unterhalten hätten und dass er nicht mit Brenner verkehrt hätte, falls dieser fanatischer Anhänger gewesen wäre. Frieda Bucher, ebenfalls kein Parteimitglied, kannte Brenner seit etwa zehn Jahren. Sie meinte, er sei ein tüchtiger Geschäftsmann und habe mit ihr nie über Politik gesprochen.

Von Brenner sei auch nach abfälligen Bemerkungen von ihr über den Nationalsozialismus nichts zu befürchten gewesen. Anton Uhl, ehemaliger Bürgermeister von Fürstenfeldbruck in der Weimarer Zeit, kommissarischer Bürgermeister nach 1945 und Kaufhausbesitzer, sagte aus, dass er nicht wisse, dass Brenner gefürchtet gewesen wäre. Er sei zu ihm ins Geschäft zum Sammeln gekommen und als Geschäftsmann sehr anständig gewesen. Der Friseur Hermann Grobe, der nicht Mitglied der NSDAP war, kannte Brenner seit 1927 und war oft mit ihm geschäftlich zusammengekommen. Er bescheinigte ihm, dass er kein fanatischer Anhänger und »mit der Judengeschichte« nicht einverstanden gewesen sei. Brenner habe zudem nie für den NSKK geworben und ihm, Grobe, sei nicht bekannt, dass man ihn fürchten musste. Ferdinand Stanglmeier, Dentist und kein Mitglied der Naziartei, gab zu Protokoll, dass Brenner nie versucht habe, ihn zu beeinflussen. In der ersten Spruchkammerentscheidung vom 13. September 1946 wurde Brenner in die Kategorie »Belasteter« eingereiht und zu vier Jahren Arbeitslager verurteilt. In der Urteilsbegründung hieß es: »Er betont heute noch, dass die nationalsozialistische Arbeiterpartei seinerzeit das einzig Richtige war, nachdem die übrigen politischen Parteien vor 1933 nicht in der Lage gewesen wären, einen Staat zu führen. Die Kammer musste den Antrag des öffentlichen Klägers überschreiten, da der Betroffene heute noch den nationalsozialistischen Standpunkt einnimmt und vertritt.« Im Spruch der Hauptkammer München vom 28. Juni 1949 wurde Brenner schließlich in die Gruppe der Mitläufer (IV) eingereiht.³⁷ Nach 1945 führte er weiterhin sein Uhrengeschäft und starb im Jahr 1971. (Fortsetzung folgt)

Anmerkungen:

³⁶ Staatsarchiv München, Spruchkammern, Franz Enmer 357, sowie Barbara Falt: Die Kreisleiter der NSDAP – nach 1945. In: Martin Broszat/Klaus-Dietmar Henke/Hans Wöller (Hgg.): Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland. München 1990, S. 247–255 und Peter Bierl: Zur Entnazifizierung im Landkreis Fürstenfeldbruck. Teil 2: Prominente Einzelfälle. In: Amperland 43 (2007), Heft 3, S. 83–84.

³⁷ Staatsarchiv München, Spruchkammern, Ludwig Brenner 2733.

Anschrift des Verfassers:

Dr. Gerhard Neumeier, Stadtarchiv, Fürstenfeld 7e, 82256 Fürstenfeldbruck

Josef Schwalber (1902–1969) – eine politische Biografie

Bürgermeister, MdL, Staatssekretär, Kultusminister und Landrat (4. Teil)

Von Paul Hoser

(Schluss)

Politische Angelegenheiten im Kultusministerium

Der Apparat

Dr. Karl Böck war noch während seiner Ausbildung als Bibliotheksreferendar in der Bayerischen Staatsbibliothek am 21. Juni 1948 zu Minister Hundhammer in das Kultusministerium abgeordnet worden.³³⁸ Schwalber, der mit diesem Ministerium keine Erfahrung hatte, übernahm Hundhammers Referenten. Weltanschaulich stimmte Böck weitgehend mit dem neuen Minister überein. Schwalber übernahm ihn in dieser Funktion. Während Böck sich nach seiner Erinnerung bei Hundhammer noch als Lehrling gefühlt hatte, der seinem Meister möglichst viel absehen wollte, war jetzt Schwalber auf zuverlässige Informationen Böcks angewiesen. Den unter Hundhammer allmächtigen Ministerialdirektor Dr. Joseph Mayer stellte Schwalber ins Abseits.³³⁹ So musste Böck, anders als zuvor, den Aktenvortrag aus dem gesamten Ministerium übernehmen, gewann so Einblick in alle Fragen des Minis-

teriums und erheblichen Einfluß auf die gesamte Arbeit im Haus: »Die tägliche Arbeit mit dem Minister war reibungslos, sachlich und angenehm. Schwalber hat als Minister keine Rede gehalten, die nicht auf Punkt und Komma von mir verfaßt war.«³⁴⁰ Die Entscheidungen aber traf Schwalber selbst, nachdem er jedes Aktenstück und jede Rede vorher intensiv mit Böck durchgesprochen hatte. Schwalber hätte durchaus die Fähigkeiten gehabt, alles, was er Böck überließ, selbst zu erledigen, verstand es aber, Arbeit sinnvoll zu delegieren. Böcks Arbeit war für ihn eine solche Erleichterung, dass er auch nicht vorübergehend darauf verzichten wollte. Als dieser für ein Austauschprogramm in Amerika³⁴¹ vorgesehen war, ließ er ihn nicht reisen.³⁴² Spannungen brachen aus, als Böck als Redner bei Veranstaltungen eigene Aktivitäten entwickelte. Böck war jung und kämpferischer als Schwalber. Als er diesem im April 1954 ankündigte, er wolle im Mai in Tuntenhausen über Kulturpolitik reden, reagierte Schwalber ungehalten. Er befürchtete, Böcks Rede könne Schwierigkeiten bei der bevorstehen-

den Haushaltsdebatte zur Folge haben. Da Böck zuvor nicht politisch hervorgetreten war, hätte man seine Ausführungen mit dem Ministerium identifizieren können. So musste er auf den Auftritt verzichten.³⁴³

Problematisch gestaltete sich das Verhältnis zu dem von der SPD gestellten Staatssekretär Brenner. Gegen seine Berufung hatte es in der Fraktion der CSU von vornherein starke Widerstände gegeben.³⁴⁴ Im August 1951 war der Studienrat am Münchner Maxgymnasium, Dr. Friedrich Hörmann, als Mitarbeiter im Referat für das höhere Schulwesen im Ministerium in Aussicht genommen worden. Er war ein hervorragend qualifizierter Philologe. Staatssekretär Brenner aber schrieb an den Minister, Hörmann sei am Berchmanskolleg (der heutigen von den Jesuiten geführten Hochschule für Philosophie) beschäftigt gewesen und »sehr stark kirchlich eingestellt«.³⁴⁵ Er habe Grund anzunehmen, dass Hörmann der »streng katholischen Richtung« angehöre, weshalb seine Berufung in das Ministerium von der SPD-Fraktion abgelehnt werden würde. Schwalber kommentierte, diese Begründung stehe im Widerspruch zur Verfassung. Er wolle, dass die Angelegenheit wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung bei den nächsten Koalitionsbesprechungen zur Sprache komme. Dies lehnte Ehard aber ab.³⁴⁶ Er führte einen für ihn typischen Kompromiss herbei: Hörmann sollte die Stelle erhalten; falls dann wieder eine ähnliche Stelle frei werde und ein Kandidat der SPD mit der notwendigen Qualifikation vorhanden sei, solle diese zum Zug kommen. Zur Verärgerung Ehards hatte Schwalber aber einen Durchschlag seines Schreibens an ihn an den Vorsitzenden der Landtagsfraktion, Prälat Meixner, geschickt und damit die Austragung des Konflikts in der Öffentlichkeit provoziert. Ehard sagte vor der Fraktion, er müsse »[...] dem Minister Schwalber sagen, daß er solche Dinge doch im eigenen Haus ausmachen muß. Die Art der Behandlung dieses Falles von Seiten des Kultusministers muß ich [...] zurückweisen.«³⁴⁷ Schwalber hatte, wohl um seinem Staatssekretär Brenner ein für alle Mal klar zu machen, wer das Sagen im Ministerium hatte, eine Belastung der Koalition in Kauf genommen. Hundhammer wollte den Fall zum Anlass nehmen, um von der SPD Brenners Entlassung zu fordern. In dessen eigener Partei sei sein Ansehen ebenfalls sehr gering. Ehard wollte aber nicht die Koalition aufs Spiel setzen. Die SPD-Fraktion distanzierte sich ihrerseits von Brenners Vorgehen.³⁴⁸ Brenner selbst erklärte Ehard schriftlich, er habe keinesfalls die katholische Religion diskriminieren, sondern nur auf Parität bei der Stellenbesetzung im Ministerium achten wollen. Er bedauere seine missverständliche Formulierung.³⁴⁹ Als Nachspiel folgte am 17. Oktober 1951 noch eine Interpellation der CSU im Landtag.³⁵⁰ Wegen der Koalitionsfrage war Ehard die Sache offenbar so wichtig, dass er selbst dazu sprach und es nicht Schwalber überließ. Das Verhalten Brenners wurde von den Abgeordneten der drei Koalitionsparteien CSU, SPD und BHE einstimmig missbilligt. Hörmann war inzwischen berufen worden und Ehard betrachtete den Fall als erledigt. Bis dahin war ein zäher Kleinkampf zwischen Schwalber und Brenner geführt worden. Auch Brenner hatte mit Tricks gearbeitet und zum Beispiel Schriftstücke unterzeichnet, während Schwalber beim Mittagessen war.³⁵¹ Schwalber war sich aber nach Brenners Brückierung im Fall Hörmann ganz sicher, dass er seinen Staatssekretär kaltgestellt und dieser sich damit abgefunden habe, nichts gegen ihn durchsetzen zu können. Schwalber sorgte in der Folgezeit dafür, dass die wichtigen Entscheidungen ohne vorherige Besprechung an Brenner vorbeiliefen.³⁵² Die Referenten übergaben seine Anregungen, weil sie nicht in Schwalbers Sinn seien. Brenner konnte sich nur über seine Ohnmacht beschweren, aber nichts dagegen aus-

richten. Einzig in der Öffentlichkeit konnte er jeweils seinen Standpunkt deutlich machen. Durch Erklärungen des Ministers und seines Staatssekretärs wurde jeweils klar, dass sie vielfach völlig entgegengesetzte Auffassungen vertraten.³⁵³

Schwalber gelang es aber nicht, den Apparat des Ministeriums hundertprozentig auf eine Linie zu bringen.³⁵⁴ Er ließ nach seinem Amtsantritt eine Neugliederung vornehmen, sodass jetzt nur noch fünf statt wie zuvor 13 Abteilungen bestanden.³⁵⁵ Damit war der eine oder andere, der ganz und gar auf der Linie seines Vorgängers gelegen hatte, mehr an den Rand gestellt. Da Rücksichten auf die Koalitionsverhältnisse zu nehmen waren, konnte Schwalber nicht an die Spitze jeder Abteilung einen Hundhammer-Anhänger stellen. Er erklärte der Landtagsfraktion, er müsse als Minister auch etwas auf die Balance achten.³⁵⁶ Dass unter seiner Leitung ein neuer Geist herrschte, lässt sich auch daran erkennen, dass der damals im Ministerium für die Lehrerbildung zuständige Regierungsdirektor und spätere Ministerialdirigent Dr. Georg Bögl Schwalber später lobte, dass mit seiner »[...] Berufung ein Wandel eingetreten sei, daß saubere Verwaltung und streng objektive Entscheidungen der Grundzug Ihrer Arbeitsführung gewesen seien.«³⁵⁷ Dies konnte nur bedeuten, dass es unter Schwalbers Vorgänger Hundhammer anders gewesen war. Hundhammer lehnte Bögl ab, da er nicht die klare weltanschauliche Haltung einnehme, die die CSU brauche.³⁵⁸

Im Falle eines Gegeneinanders von Abteilungen entschied Schwalber in seinem Sinn; so war die Abteilung für das Höhere Schulwesen der Ansicht, dass dieses durch den forcierten Ausbau der Mittelschulen stagnieren werde. Schwalber aber entschloss sich entsprechend seiner eigenen Vorstellungen für die Pläne des Mittelschulreferats.³⁵⁹

Schwalber ließ sich auch nicht von untergebenen Beamten auf der Nase herumtanzen. Bei den Beratungen im Haushaltsausschuss am 20. Juni 1952 fiel ihm auf, dass ein Regierungsrat seines Ministeriums in Zwiegespräch mit dem Berichterstatter zum Kultusetat, dem CSU-Landtagsabgeordneten Otto Freiherrn von Feury, führte. Feury stellte daraufhin einen Antrag. Schwalber erklärte erregt, es gehe nicht an, dass jeder Referent auf eigene Faust Politik mache. Für das Ressort spreche der Minister. Schwalber verbat sich in ungewöhnlicher Schärfe jede weitere Einmischung und sagte zu dem Regierungsrat: »Ich verzichte auf Ihre Anwesenheit. Sie können nach Hause gehen.« Als der Beamte sich verteidigen wollte, schnitt ihm Schwalber das Wort ab: »Ich will nichts hören, wir sprechen uns im Ministerium.«

1954 konnte Schwalber vor dem Ende der Legislaturperiode auch noch die Bewilligung der Gelder für den Wiederaufbau des zerstörten Gebäudeteils seines Ministeriums durchsetzen.³⁶⁰

Schwalber und die CSU

Ein bedeutendes Amt innerhalb der CSU oder eine in erster Linie der Partei dienende Funktion hatte Schwalber nie inne. 1946 brachte ihn Dr. Michael Horlacher als möglichen Vorsitzenden der Landtagsfraktion ins Gespräch. Doch war dies nicht konsensfähig, da sich vorher die Mehrheit für Hundhammer entschieden hatte und nicht wieder einen Kompromiss eingehen wollte.³⁶¹ Im März 1949 war er sogar einmal als Parteivorsitzender im Gespräch, doch war sein Name nur einer von mehreren.³⁶² 1947 bis 1952 war er Mitglied des Landesvorstands.³⁶³ Hundhammer hätte sich den von ihm protegierten Schwalber gerne genauso aggressiv gewünscht, wie er es selbst war, was diesem aber nicht lag. Die Abgeordnete Dr. Hildegard

Brücher von der FDP hatte sich bei Dr. Adolf Wittmann, dem persönlichen Referenten des Staatssekretärs Brenner, am 6. November 1951 nach dem Stand des Schulpflichtgesetzes erkundigt.³⁶⁴ Sie vermutete, es könne noch lange dauern, bis eine Vorlage des Gesetzes da sei, doch Wittmann versicherte ihr, dass es höchstens noch sechs Wochen dauern werde. Eine offizielle Anfrage sei deshalb überflüssig. Wittmann glaubte, sie überzeugt zu haben. Er war erstaunt, als die FDP dann am 7. November 1951 sogar eine Interpellation ankündigte. Brücher erklärte ihm, dass dies die Mehrheit der Fraktion verlangt habe. Sie habe sich deshalb fügen müssen. Sie trug die Interpellation am 9. November 1951 im Landtag vor.³⁶⁵ Prälat Meixner warf ihr vor, genau gewusst zu haben, dass der Entwurf unmittelbar bevorstehe und dennoch die überflüssige Interpellation eingebracht zu haben.³⁶⁶ Ministerpräsident Ehard behauptete, Brücher habe die Gesetzesvorlage im Ministerium bereits gesehen, was sie entschieden abstritt.³⁶⁷ Schwalber hielt ihr entgegen, sie habe im Ministerium erklärt, die Interpellation werde nicht stattfinden. Dies bezeichnete Brücher als Lüge.³⁶⁸ Sie habe nur versucht zu erfahren, wann der Entwurf fertig werde. Sie habe weder das Gesetz gesehen noch über das künftige Verhalten der Fraktion gesprochen. Schwalber verlangte vom Landtagspräsidenten wegen des Ausdrucks »Lüge« eine Rüge für Brücher, die er auch erteilte.³⁶⁹ Die FDP-Abgeordneten verließen daraufhin den Saal. Schwalber betonte, er könne es sich als bayerischer Kultusminister nicht gefallen lassen, im Landtag der Lüge bezichtigt zu werden. Tatsächlich war sich Schwalber, wie er schließlich vor der Fraktion äußerte, nicht ganz sicher, ob nicht vielleicht doch Brücher die Wahrheit gesagt und Wittmann ihn falsch informiert hatte. Hundhammer kritisierte Schwalber, weil er die Schärfe seiner Gegenäußerung nicht ganz durchgehalten habe. Auch Meixner war Schwalbers Auftritt nicht entschieden genug gewesen.

Grundsätzlich ablehnend reagierte Schwalber, wenn er in seinem Amt Parteifreunde begünstigen sollte. Im Januar 1952 bat ihn Anton Pfeiffer, der damals deutscher Botschafter in Brüssel war, den Assessor im Kultusministerium, Dr. Franz Heubl, zum Regierungsrat zu befördern, da dieser sich sehr stark im Kreisverband der Münchner CSU engagiert habe.³⁷⁰ Schwalber antwortete ihm aber, dass Heubl mit seiner Examensnote eigentlich nicht einmal die Qualifikation für die staatliche Verwaltung besitze, geschweige denn für den Ministerialdienst.³⁷¹ Er könne nicht Leute mit ausgezeichneten Noten bei der Beförderung zu dessen Gunsten hinstellen. Auch Franz Josef Strauß schlug er die Übernahme eines Lehrers als Studienrat ab, weil dieser keine Belege für seine Qualifikation vorweisen konnte.³⁷² Sogar gegenüber hohen kirchlichen Würdenträgern zeigte er sich hier unzugänglich.³⁷³

Das Ende seiner Ministerzeit betrachtete Schwalber eher als Erleichterung. Dem Landesstatthalter von Vorarlberg schrieb er, er habe seine Gesundheit in den letzten zehn Jahren allzusehr strapaziert. Insbesondere die Arbeit im Ministerium hatte er als anstrengend empfunden: »Sie können sich ja am allerbesten vorstellen, wie die Beschäftigung mit 26 000 Volksschullehrern, mit etlichen hundert Professoren und Künstlern die Nerven in Anspruch nimmt.«³⁷⁴

Das Resümee zog er in einem Brief an Anton Pfeiffer: »Ich selbst habe versucht, mich als Minister nicht allzu weit in die politische Drecklinie zu begeben und bin damit bis jetzt nicht schlecht gefahren. Dabei glaube ich aber trotzdem eine grundlegende Linie in der Kulturpolitik durchgehalten zu haben, die absolut eindeutig und klar war.«³⁷⁵ Nach dem Urteil von Dr. Karl Böck agierte Schwalber taktisch viel gewandter als Hundhammer.³⁷⁶

Im Wahlkampf 1954 skizzierte Schwalber im Rückblick das Resultat seiner Ministerzeit: »Ich habe vor 4 Jahren auf der Tagung des Landesausschusses der CSU in Würzburg unserer Partei und dem ganzen christlichen Volke das Versprechen abgegeben, kein Jota von den Grundsätzen einer christlichen Kulturpolitik preiszugeben, keinen Fußbreit zurückzuweichen und eher selbst abzutreten, als vor unserem Volke durch die Amtsführung eines CSU-Ministers eine Fassade aufrechtzuerhalten, der keine Wirklichkeit entspricht. Heute am Tage der Rechenschaft möge der aufstehen, sei es aus unseren Freunden oder aus unseren Gegnern, der behaupten kann, dass dieses Versprechen nicht gehalten wurde.«³⁷⁷ Das Volumen des Kultushaushalts habe sich von 302 Millionen DM im Jahr 1950 auf 466 Millionen DM im Jahr 1954 ausgeweitet: »Bayern steht somit in seinen kulturellen Leistungen prozentual und absolut an der Spitze aller deutschen Länder.« Außerdem sei das Berufsschulwesen völlig neu organisiert worden: »Das neue Berufsschulgesetz gilt in Deutschland als das fortschrittlichste Schulorganisationsgesetz und bildet bereits heute die Vorlage für ähnliche Gesetzeswerke in anderen deutschen Ländern.« In Bayern habe man insbesondere die landwirtschaftliche Berufsschule praktisch überhaupt erst begründet, außerdem die gewerbliche Berufsschule den Zufälligkeiten örtlicher Verhältnisse enthoben und auf sichere rechtliche und wirtschaftliche Grundlage gestellt. An den Universitäten und Hochschulen seien neue Lehrstühle geschaffen und die Dozenten- und Assistentenstellen vermehrt worden: »Bayern ist heute wieder [...] eine angesehene, begehrte und in aller Welt hochgeschätzte Pflegestätte der wissenschaftlichen Forschung geworden. Das gleiche gilt auf dem weiten Gebiet der Kunst, im besonderen auf dem des Theaters.« Die Bayerische Staatsoper gehöre unbestritten zu den besten Opernbühnen der Welt. Auch das Schauspiel sei auf dem besten Weg, seinen internationalen Rang wieder einzunehmen. Die Berechtigung der Kulturhoheit der Länder sei durch Taten bewiesen worden. Witzige Formulierungen fielen Schwalber selten ein. Als er im März 1954 in München in einer Rede gegen eine von der Bundesregierung gesteuerte einheitliche Kulturpolitik Stellung bezog, kam er wieder auf sein schon im Parlamentarischen Rat verwendetes Bild zurück: »Der billigere Preis soll uns nicht dazu verleiten, unseren Kulturanzug von der Stange zu kaufen. [...] Wir halten es lieber mit dem bayerischen Maßanzug, auch wenn der Gamsbart auf dem Hut einem Größeren in der Nase kitzelt.«³⁷⁸

Eine unabhängige Bilanz zog Dora Federschmid von der Münchner »Abendzeitung«, der sein ganzes Wirken im Kultusministerium bekannt und vertraut war: »Man sagt, daß Dr. Joseph Schwalber selbst bei einer CSU-Regierung geringe Chancen gehabt hätte, ein zweites Mal Kultusminister zu werden. Seine Parteifreunde waren nicht immer auch seine persönlichen. Er war ihnen nicht linientreu, nicht gefügig genug. Seine Haltung zur vierten bayerischen Landesuniversität zum Beispiel, die er, im Gegensatz zu vielen einflußreichen Männern der CSU, ablehnte, hat man ihm dort nie ganz vergessen. Er weigerte sich mehr als einmal, Entscheidungen im Sinne seiner Partei zu treffen; in Personalfragen war er bekannt für seine fast neuralgische Empfindlichkeit gegenüber Kandidaten mit Protektion. Als Minister fühlte er sich in erster Linie dem bayerischen Staat und dem Allgemeininteresse verpflichtet. Daß mit der Gewissenhaftigkeit seiner Amtsführung eine deutlich spürbare Scheu vor raschen und klaren Entscheidungen Hand in Hand ging, war ein großer Nachteil. Schwalber ist deshalb mit Recht kritisiert worden. Er hatte eine Abneigung, gordische Knoten mit dem Hundhammer-Schwert zu durch-

hauen; beim langsamen Auffädeln verlor er Zeit und seine Verhandlungs-Partner oft die Geduld. Das große und vielseitige Aufgabengebiet, Bayerns schwierigstes Ministerium, war dem nüchternen Juristen zunächst fremd. Bis zuletzt war er in manchen Fragen nicht frei von einer gewissen Unsicherheit. Versäumt hat er es, das überaus drängende Problem der Höheren Schulen, vor allem die Schulraumnot mit Energie in die Hand zu nehmen, so daß es zu heftigen Angriffen gegen sein Ministerium kommen mußte. Andererseits hat er für Bayerns kulturellen Wiederaufbau vieles gesät, was aufging und gute Früchte bringen wird.

Auf seinem Programm stand in erster Linie die Förderung der Universitäten, ihrer Bauten und ihr wissenschaftlicher Ruf. [...] Seine Beziehung zu kulturellen Dingen entsprang einer Art grundsolidem, traditionsbewußten Bürgersinn. Er ließ sich auf keinem Gebiet mit Experimenten ein. [...] Schwalber war kein Kämpfer, im Gegenteil, er mied und vermied den Kampf. Aber – und das bleibt seine beste Nachrede – vier Jahre lang in Bayern auch den Kulturkampf.³⁷⁹

Dachauer Landrat 1957 bis 1963³⁸⁰

Wahl zum Landrat

Nach seiner Ministerzeit zog sich Schwalber für einige Jahre aus der aktiven Politik zurück. Ende Oktober 1957 wurde in Dachau bekannt, dass die CSU ihn als Kandidaten für die Landratswahl aufstellen werde.³⁸¹ Er wurde auch von Bayernpartei, BHE und FDP unterstützt.³⁸² Am 1. Dezember 1957 siegte Schwalber mit 17 603 (71,2 %) Stimmen von 24 717 bei der Landratswahl in Dachau über seinen Gegenkandidaten, den ehemaligen Staatssekretär im Innenministerium, Ernst Vetter von der SPD, der nur 7114 (28,8 %) Stimmen erhielt.³⁸³ Er kündigte an, das Amt nicht politisch führen, sondern sachliche Verwaltungsarbeit leisten zu wollen. Unmittelbar anstehende Probleme waren die Errichtung einer Landwirtschaftsschule und der Bau eines Wirtschaftsgebäudes für das Dachauer Kreis-krankenhaus.³⁸⁴

Die Sachaufgaben im Landkreis

Schwalber hatte keine leichte Aufgabe übernommen. Der Landkreis Dachau wies im Vergleich zu den anderen in Oberbayern die höchste Verschuldung auf.³⁸⁵ Er hatte bis 1960 den Neubau der Landwirtschaftsschule fertigstellen können, das Raumproblem der Kreisberufsschulen in Dachau und Indersdorf gelöst und erhebliche Zuschüsse zum Bau der Oberrealschule gegeben. Auch der Ausbau der Krankenhäuser in Dachau und Indersdorf war in Angriff genommen worden und wurde in der Folgezeit abgeschlossen. Weitere Leistungen in Schwalbers Amtszeit waren die Fertigstellung des Neubaus der Hauptstelle der Kreis- und Stadtparkasse Dachau-Indersdorf und ihrer Zweigstellen Dachau-Ost und Sudetenlandstraße. Im Straßenbau waren rund 20 km Straßen ausgebaut worden, das heißt etwa ein Viertel des Straßennetzes des Landkreises.³⁸⁶ Für die Instandsetzung der Klosterkirche in Indersdorf hatte er Zuschüsse des Landkreises angewiesen.³⁸⁷

Die Frage der Kreisfreiheit der Stadt Dachau

Bereits 1957 hatte die Stadt Dachau auf Initiative der CSU den Antrag auf Kreisfreiheit gestellt. Die Gründe dafür waren finanzieller Natur, da die Stadt einen hohen Anteil der Kreisumlage zu bezahlen hatte. Die Entscheidung darüber lag beim Innenministerium und beim Landtag. Das Innenministerium hatte in einem Schreiben an die Regierung von Oberbayern vom 26. September 1961 zwar erklärt, dass Dachau die Anforderun-

gen für die Kreisfreiheit erfülle, der Ministerrat aber dagegen sei, weil dadurch der Landkreis in seiner Leistungsfähigkeit erheblich geschwächt würde.³⁸⁸ Schwalber begrüßte die Entscheidung.³⁸⁹ Die CSU wollte ihren Antrag nicht weiterverfolgen, während die SPD immer noch für die Kreisfreiheit eintrat. Sie hob hervor, dass die Stadt trotz ihrer enormen Leistungsfähigkeit kein Mitspracherecht im Kreistag besitze.³⁹⁰ Schwalbers Vorgänger Heinrich Junker hatte sich gegen die Kreisfreiheit ausgesprochen, weil sie der Stadt nicht die erwarteten Vorteile, dem Landkreis aber schwere finanzielle Lasten bringe.³⁹¹ Schwalber erklärte schon bei der Bekanntgabe seiner Kandidatur, »[...] daß ich es auch in Zukunft für richtig halte, wenn Stadt und Land zusammenbleiben.«³⁹²

Schwalber wies 1959 den aus den Reihen des Stadtrats laut gewordenen Vorwurf zurück, dass der Landkreis auf Kosten der Stadt im Geld schwimme.³⁹³ In der Debatte um die Kreisfreiheit hielt er sich zurück. Man könne die Frage nicht nur finanziell betrachten: »Außerdem ist der Landkreis ein Organismus, bei dem alles ineinandergreift. Man kann auch eine Ehe nicht einfach deswegen scheiden, weil plötzlich der eine Teil sagt: »Nun will ich mein verdientes Geld ganz allein verbrauchen.«³⁹⁴ Auch solle man daran denken, dass Dachau immer mehr in die bedrohliche Nähe Münchens rücke. Dann werde es das Schicksal Pasings teilen, das seinen Status als Stadt eingebüßt hatte und von der Landeshauptstadt geschluckt worden war. Dem Fabrikanten der München-Dachauer Papierfabriken, Heinrich Nicolaus, hatte er seinen Beifall ausgedrückt, weil dieser sich gegen eine Funktion Dachaus als »Trabantenstadt« Münchens ausgesprochen hatte und sein Unverständnis für die Haltung des Bürgermeisters Zauner geäußert: »Schon das Wort »Trabantenstadt« sagt doch, wie es um eine solche Stadt bestellt ist, dass sie ganz unter den Einfluss von München käme und dass von Selbständigkeit wohl kaum eine Rede sein kann. Der an und für sich von uns befürchtete Prozeß, dass die Stadt Dachau so allmählich sich nach München hin entwickelt und damit für die Eingemeindung reif wird, ist sowie so schon recht bedrückend. Es ist mir nicht faßbar, wieso Herr Bürgermeister Zauner dann auf die Idee kommen kann, sich, d. h. Dachau für den Bau der Trabantenstadt anzubieten. Ich glaube in der Tat, die Vorteile würden einzig und allein in der Aufnahme der Exkremente dieser 30 000 Einwohner liegen.«³⁹⁵

Verärgert war Schwalber, als in einem Artikel des »Münchner Merkur« behauptet wurde, wenn Dachau kreisfrei sei, bräuchten Bauanträge nicht mehr über die Stadt an den Landrat gehen und die Stadt könne selbst darüber entscheiden. Er schrieb dem Verleger, dass es nach der Bayerischen Bauordnung möglich sei, nicht kreisfreien Städten über 10 000 Einwohnern dieses Recht zu übertragen, was in Dachau schon längst geschehen sei.³⁹⁶ Der Leiter des Bayernteils antwortete ihm, er verstehe nicht, wieso sich Schwalber wegen eines belanglosen Irrtums so massiv beschwere, da der Beitrag doch insgesamt seine Bemühungen unterstütze, die Stadt nicht aus dem Landkreis zu entlassen.³⁹⁷

Stellungnahmen zur Frage der Selbstverwaltung

Schwalber wies auch frühzeitig auf ein Problem hin, das dann in der Gebietsreform akut wurde. Die Selbstverwaltung stehe und falle mit der Leistungsfähigkeit der Gemeinden.³⁹⁸ Auch habe sich das Gemeindeleben seit dem Krieg weitgehend ohne Rücksicht auf die bestehenden Gemeindegrenzen weiterentwickelt. Es werde allmählich notwendig werden, dass man den neuen Verhältnissen durch Umbau der Verwaltungsorganisation Rechnung trage. Dies konnte bedeuten, dass Gemeinden in anderen aufgingen.

Insgesamt hatte Schwalber den Eindruck, dass der Staat die Selbstverwaltung von Landkreisen und Kommunen immer mehr beschränke: »Die Rechte der Selbstverwaltung sind heute geringer als vor 1914, wobei ich allerdings nicht der Bürokratie die alleinige Schuld beimessen möchte. Die Kommunen können sich heute weitgehend nur mehr am Gängelband eines umfassenden Zuschußsystems bewegen, das in der Regel »aus dem Bedürfnis der Praxis« einer klaren Fixierung ermangelt. [...] Was [...] wird heute nicht alles im Streben nach einem Verwaltungsperfektionismus mit Ministerial- und Regierungsentscheidungen geregelt, das sich im Wege der durch Erfahrung gewonnenen Verwaltungspraxis viel leichter lösen ließe. [...] Zuschüsse müßten doch den Zweck verfolgen, helfend einerseits und anregend andererseits zu wirken. Die heutige Praxis aber wirkt hindernd. Ich fände es durchaus verständlich, wenn Gemeinden in Zukunft von an und für sich notwendigen Baumaßnahmen Abstand nehmen angesichts der weitreichenden Auflagen, die den Trägern etwa des sachlichen Schulbedarfs oder von Krankenhäusern, von Straßen usw. gemacht werden. Die Zuschüsse werden dabei maßgeblich von Ressortsachbearbeitern bestimmt, die meist nicht wissen, welche anderen Aufgaben die antragstellenden Kommunen noch zu erfüllen haben. Den notwendigen Überblick kann allein die örtliche Selbstverwaltung besitzen, aber nicht eine objektferne staatliche Verwaltungsstelle. Aus derartigen Erfahrungen habe ich mit vielen meiner Landratskollegen auf einen Vorstoß der Organisationen der Selbstverwaltung gewartet, aber es scheint, daß auch in diesen Organisationen die lebendigen Kräfte erlahmt sind.«³⁹⁹ Schwalber fügte hinzu, sein Gesundheitszustand erlaube ihm keinen größeren politischen Kampf mehr.

Gegner von Protektion im Landkreis

Auch als Landrat wollte Schwalber mit Beziehungen und Protektion nichts zu tun haben. Als ihn der Bauunternehmer und Stadtrat der Mittelstandsgruppe der CSU, Otto Reischl, bat, er solle bei der Vergabe öffentlicher Aufträge die landkreiseigenen Regiebetriebe auf ein Mindestmaß beschränken,⁴⁰⁰ reagierte Schwalber empfindlich, wie immer in Fällen, um denen es um Parteiwirtschaft oder Protektion ging. Die Heranziehung von Regiebetrieben sei Sache der Landkreise und Gemeinden – der Staatsregierung, und ihren Vertretern sei verfassungsmäßig jeder Eingriff verwehrt.⁴⁰¹ Der Straßenbau in eigener Regie habe sich im Landkreis bisher als billiger als die Auftragsvergabe erwiesen. Im Kreistag habe sich auch die Fraktion der CSU mit Mehrheit dafür entschieden. Die Willensbildung innerhalb der CSU sei nicht seine Angelegenheit. Bei Problemen könne nicht der Gesichtspunkt einer Interessengruppe, sondern nur das Gemeinwohl des Landkreises ausschlaggebend sein.

Konflikt mit Pater Leonhard Roth

Aus Anlass der Krankenhauserweiterung in Dachau geriet Schwalber auch mit dem streitbaren und hitzigen Exdominikanerpater Leonhard Roth⁴⁰² aneinander. Roth protestierte am 11. Dezember 1958, dass Schwalber es abgelehnt habe, im neuen Wirtschaftsgebäude der Schwestern für einen Krankenhausgeistlichen eine Wohnung einzurichten.⁴⁰³ Es sei unmöglich, die Seelsorge für Schwestern und Kranke wie bisher nebenher zu besorgen. Schwalber antwortete ihm, dass der verstorbene Pfarrer Pfanzelt noch einen entsprechenden Antrag beim Kreisausschuss gestellt habe.⁴⁰⁴ Dieser wolle jedoch bis zur Neubesetzung der Pfarrei St. Jakob warten, sodass dann die Seelsorge für die beiden Kreiskrankenhäuser Dachau und Indersdorf generell geregelt werden könne. Er habe sich auch mit dem Generalvikar in Verbindung gesetzt. Dieser habe

keine Zusage machen können, dass überhaupt ein Krankenhausgeistlicher bestellt werden könne. Roth antwortete, dass ihm diese Antwort nicht genüge: »Wenn wir als Christen zur Wahl gehen und die CSU wählen, dann erwarten wir von den gewählten Männern, daß sie von sich aus soviel christliche Initiative entwickeln, dass Sie von sich aus, ohne Kommando der Geistlichkeit, die christlichen Belange vertreten und zwar aktiv. Dazu gehört, wenn ein Neubau im Kreiskrankenhaus aufgeführt wird, dass diese Laienchristen der CSU von sich aus an die Planung einer Seelsorgerstelle für ein so großes Krankenhaus denken und es bei der kirchlichen Oberbehörde betreiben. Sonst könnten wir ja ebenso die SPD wählen wie die CSU. [...] Sie wollen eben die Wohnung für einen eigenen Hausgeistlichen im Krankenhaus zurückstellen, weil Sie die Wohnungen für das Pflegepersonal für wichtiger halten. Das eben enttäuscht mich überaus an einem christlichen Landrat der CSU, [...]«⁴⁰⁵ Schwalber schrieb darauf an den Generalvikar, er könne Roths Ausführungen weder dem Inhalt noch der Tendenz nach anerkennen, halte es aber nicht für sinnvoll, sich mit Roth in weitere Auseinandersetzungen über Seelsorgefragen einzulassen.⁴⁰⁶

Haltung zur Tradition der Wehrmacht und zur Revolution 1918/19

So völlig unpolitisch und tendenzfrei, wie Schwalber angekündigt hatte, sein Amt führen zu wollen, hatte er dies in Wirklichkeit nicht immer getan. Im März 1961 schrieb er an Alois Hundhammer, er wisse nicht, ob diesem der »Rummel wegen des Ostermarsches der Atomgegner« in vollem Umfang bekannt geworden sei.⁴⁰⁷ Er habe aus eigener Zuständigkeit durch eine Verfügung des Landratsamts den Ostermarsch während der Zeit des Hauptgottesdienstes am Ostersonntag verboten. Möglicherweise werde die Verfügung angefochten und politisch ausgeschlachtet. Er sei aber gern bereit, die Folgen auf sich zu nehmen. Der Ostermarsch war nicht nur den Regierungen im Bund und in Bayern ein Dorn im Auge, er war wegen seiner pazifistischen Tendenz auch Schwalber suspekt, der sich voll in die militärische Tradition der Wehrmacht stellte.

Aus Anlass des Totengedenkens am 13. November 1960 vor dem Kriegerdenkmal bei St. Jakob sagte Schwalber: »Die Lebensopfer dieser mutigen Soldaten werden nie vergessen. Das Tragische an ihrem Tode sei, weil sie starben, ohne daß ihre Lebenskraft erschöpft [war], sondern weil sie marschieren mußten, so wie das Gesetz es befahl. Der Landrat erinnerte hierbei an die Spartaner, die durch ihr heldenmütiges Kämpfen nie vergessen wurden.«⁴⁰⁸ Am 30. Januar 1943 hatte Hermann Göring im »Ehrensaal« des Reichsluftfahrtministeriums eine auch im Rundfunk übertragene Propagandarede gehalten. Die 6. Armee war bereits bei Stalingrad eingekesselt. Göring hatte in diesem Zusammenhang genau dasselbe Zitat hinausgebrüllt.⁴⁰⁹ Es mag sein, dass dies Schwalber nicht bekannt war, als er das gleiche Propagandaklichee heranzog. Auch rekonstruierte aber hier eine »Sinngebung des Sinnlosen«, um eine Wendung von Theodor Lessing zu gebrauchen.

Dies war auch kein einmaliger Ausrutscher Schwalbers. Bei der ein Jahr später stattfindenden Gedenkfeier vom 19. November 1961 sagte er: »Im Wortschatz des Soldaten finden sich nicht Worte wie Wohlstand und Luxus, sondern nur Opfer, Verzicht, Entbehrung, Schweiß, Mut, Tod, Tapferkeit, Kameradschaft und Ehre.« Auch diese Formulierungen hätten aus einer Rede aus der Zeit des Nationalsozialismus stammen können.⁴¹⁰ Besonders verbunden fühlte sich Schwalber der Gebirgstruppe. Mit dem ehemaligen Kommandeur der 7. Gebirgs-

division, General Rudolf Konrad, stand er in persönlichem Kontakt.⁴¹¹ Konrad hatte zufolge einer neueren Arbeit tausende Soldaten »[...] in dem vom vornherein zum Scheitern verurteilten Kaukasus-Unternehmen [...] verhungern oder in die Maschinengewehre der hoch überlegenen Verteidiger anrennen lassen.«⁴¹² Konrad organisierte in den fünfziger Jahren demonstrative Kranzniederlegungen an den Gräbern von verurteilten Kriegsverbrechern. Aus Anlass der für 1957 geplanten Einweihung des Ehrenmals der Gebirgstruppe auf dem Hohen Brendten verwandte sich Schwalber für die Abordnung einer offiziellen Delegation des österreichischen Bundesheeres nach Wien an das dortige Verteidigungsministerium, stieß aber nicht auf Gegenliebe.⁴¹³ Auch wenn die zahlreichen von Angehörigen der Gebirgstruppe zu verantwortenden Morde damals noch kein wichtiges Thema der Forschung waren, hätte Schwalber wissen können, mit welch dubiosen Leuten er sich gemein machte.

Aus einer ähnlichen Sicht heraus fühlte sich Schwalber der Tradition der Freikorps verpflichtet, die 1919 die Räterepublik niedergeschlagen hatten und griff als Landrat in einer Versammlung die »rote Rathausfraktion« an, weil sie die Görlitzer Straße umbenennen wollte.⁴¹⁴ Das Freikorps Görlitz hatte am Ende der Rätezeit Dachau erobert. Dabei waren vier seiner Angehörigen gefallen. Schwalber wandte sich auch gegen Versuche, deren Ehrengrab aufzulassen. Die von den Freikorpsangehörigen standrechtlich erschossenen fünf Rotgardisten waren ihm dagegen kein Gedenken wert.

Schwalber war zu Ohren gekommen, dass »[...] im Seminar von Prof. Dr. Bosl einige Arbeiten entstehen, die wirklichkeitsfremd nur aufgrund Aktenstudiums geschrieben werden und deshalb die heute in München üblich gewordene Auffassung vertreten. Diese schlägt den Tatsachen ins Gesicht und wird von mir sehr bedauert.«⁴¹⁵ Noch im selben Jahr 1969 erschien das von Karl Bosl herausgegebene Buch »Bayern im Umbruch«, in denen einige seiner Schüler die Tür für eine neue Sicht auf die Geschehnisse der Revolutionszeit von 1918/19 in Bayern aufmachten.⁴¹⁶ Einer von ihnen, Dr. Heinrich Hillmayr, dokumentierte auch noch in einer eigenen Veröffentlichung die von Angehörigen der Freikorps begangenen zahlreichen Morde und Exzesse.⁴¹⁷ Bereits in der Zeit der Weimarer Republik war auf diese Morde hingewiesen worden,⁴¹⁸ doch hatte die rechtskonservative und rechtsextreme Propaganda die Sicht dieser Geschehnisse. Schwalber war nicht bereit, sich mit der Problematik wirklich auseinanderzusetzen.

Seit 1954 hatte General Konrad für den Wiederaufbau des Bayerischen Armeemuseums agitiert. Schwalber äußerte dafür Sympathie.⁴¹⁹ 1962 gründete Konrad in München ein Kuratorium für ein dort zu errichtendes Haus der Bayerischen Geschichte. Schwalber gehörte diesem Kuratorium an und protestierte am 28. April 1962 gegen eine Verlegung des Armeemuseums nach Ingolstadt.⁴²⁰ Auch der ehemalige Ministerpräsident Hoegner, der sich an Konrads Vergangenheit ebenfalls nicht zu stören schien, war in diesem Kuratorium Mitglied. Konrads Vorstellungen, nach denen ein solches Museum vor allem der Verherrlichung des Militärs dienen sollten, waren aber nicht im Sinn der bayerischen Regierung.⁴²¹

Die Frage der Konzentrationslager-Gedenkstätte

Im Oktober 1960 erinnerte Schwalber auf einer Feierstunde daran, dass er 1945 versprochen hatte, daß man das Andenken der Häftlinge und die Stätten ihres Leidens in Ehren halten und pflegen werde.⁴²² Dies war damals aber nur unter dem Druck der Amerikaner geschehen. Von sich aus hatte Schwalber nichts dafür getan. Es war ihm offenbar kein Herzensanliegen gewe-

sen. Als Landrat in der Zeit von 1957 bis 1963 konnte er sich natürlich der Teilnahme an den entsprechenden Feiern nicht entziehen.

Am 5. November 1959 wurde in München ein Kuratorium gegründet, dem Schwalber, der frühere Ministerpräsident Hoegner, Staatssekretär Dr. Josef Panholzer, Stadtpfarrer Emil Muhler und andere angehörten.⁴²³ Es sollte für die Errichtung einer internationalen Mahn- und Gedenkstätte sorgen und über deren würdige Gestaltung wachen. Man war dort aber der Ansicht, dass man nichts unternehmen könne, bevor das ehemalige Konzentrationslager nicht ganz von Bewohnern geräumt sei.⁴²⁴

Schließlich ging von Weihbischof Johannes Neuhäusler die Initiative für ein anderes Kuratorium aus, dem unter anderem Staatssekretär Heinrich Junker, Schwalber und eine Reihe prominenter Geistlicher angehörten.⁴²⁵ Ziel war der Bau eines religiösen Mahn- und Sühnedenkmals in Form einer katholischen Kapelle. Einbezogen waren die Internationale KZ-Vereinigung Dachau und die KZ-Priestergemeinschaft Dachau. In Dachau vertraten das Kuratorium Schwalber, der Bürgermeister von Dachau, Franz X. Böck, sowie Dekan und Stadtpfarrer Jäger. Es rief zu einer Spendensammlung auf. Den Schritt zu einer überparteilichen und überkonfessionellen Gedenkstätte taten dann 1962 die Bayerische Staatsregierung und das Comitéé International de Dachau.

Schwalbers Resignation

Bereits am 9. Juni 1963 kündigte Schwalber an, nicht mehr kandidieren zu wollen.⁴²⁶ Er hatte einige Monate zuvor einen schweren Herzinfarkt erlitten und zog sich ins Privatleben zurück.⁴²⁷

Am Ende seiner Karriere war er eher resigniert. Schon 1957 stellte er fest, er habe zehn Jahre vorher noch idealistisch geglaubt, die Landtagsfraktion könne die Ideen christlicher Staatslehrer in die Praxis umsetzen.⁴²⁸ Er vermöge aber nicht mehr an die Realisierung der christlichen Staatsidee zu glauben. Diese sei, wie die Erfahrung ihn gelehrt habe, inzwischen kaum mehr gefragt. Die von ihm favorisierte Festlegung auf religiöse Ziele in der Politik hatte, wie er 1964 erkannte, einem neuen Denken Platz gemacht: »Ich komme nicht mehr mit. Man verbrennt, was man gestern noch angebetet hat und betet an, was man jahrhundertlang verbrannt hat. [...] Ich denke an das Aufklärungszeitalter, wenn ich den einseitigen Bildungsfimmel der Gegenwart allenthalben Platz greifen sehe. [...] Man gibt die gesicherte Grundlage eines Jahrtausends preis um ein Idol dafür einzuhandeln. [...] Man weiß ja heute überhaupt nicht mehr wie man daran ist und was noch gilt. Ich denke dabei vor allem an die Grundsätze einer christlichen Staats- und Gesellschaftsauffassung. Was gilt denn noch von den Enzykliken der letzten hundert Jahre? Von den Grundsätzen der kirchlichen Politik will ich gar nicht reden.«⁴²⁹ Schwalber starb am 16. August 1969 im Alter von 67 Jahren in Dachau.

Anmerkungen:

³³⁸ BayHStA, Nachlass Böck 168, Karl Böck: Mein Dienst im Kultusministerium 2.

³³⁹ Zur Rolle des von der Militärregierung als ultrakatholisch eingeschätzten Mayer als Graue Eminenz im Ministerium: Müller (1995) 35.

³⁴⁰ BayHStA, Nachlass Böck 168, Karl Böck: Mein Dienst im Kultusministerium 8.

³⁴¹ Dazu: Ellen Latzin: lernen von Amerika. Das US-Kulturaustauschprogramm für Bayern und seine Absolventen (Transatlantische Historische Studien, Bd. 23), Stuttgart 2005.

³⁴² BayHStA, Nachlass Böck 172, Zeitzeugengespräch mit Dr. Karl Böck vom 10. 10. 2000.

³⁴³ BayHStA, Nachlass Böck 61, Böck an Kaplan Dr. E. 9. 4. 1954.

- ³⁴⁴ Archiv der Hanns-Seidel-Stiftung, LfE 3. 1. 1951; *Maximilian Lanzinner*: Zwischen Sternenbanner und Bundesadler. Bayern im Wiederaufbau 1945–1958. Regensburg 1996, S. 313.
- ³⁴⁵ BayHStA, Nachlass Schwalber 89, Schwalber an Ehard, 22. 8. 1951; auch in: Nachlass Ehard 1506. Wörtlich zitiert in Ehards Ausführungen im Landtag. Verhandlungen des Bayerischen Landtags, IV. Tagung 1953/54 Bd. VI 458, 17. 10. 1951. Zum Fall Hörmann auch CSU-Correspondenz vom 4. 9. 1951, 2. Jg., Nr. 95. Brenner hatte auch einen sachlichen Einwand gemacht: Hörmann rückte als Alphilologe für einen Naturwissenschaftler nach, der im Referat auch für diese Fächer zuständig gewesen war.
- ³⁴⁶ BayHStA Nachlass Schwalber 89, Vermerk vom 28. 8. 1951; auch in: Nachlass Ehard 1506.
- ³⁴⁷ Archiv der Hanns-Seidel-Stiftung, LfE 29. 8. 1951.
- ³⁴⁸ BayHStA, Nachlass Ehard 1506, von Knoeringer an Ehard, 3. 9. 1951.
- ³⁴⁹ BayHStA, Nachlass Ehard 1506, Brenner an Ehard, 3. 9. 1951.
- ³⁵⁰ Verhandlungen des Bayerischen Landtags, IV. Tagung 1953/54. Bd. VI 458–466.
- ³⁵¹ Archiv der Hanns-Seidel-Stiftung, LfE 29. 8. 1951.
- ³⁵² BayHStA, Nachlass Schwalber 89, Brenner an Schwalber, 16. 6. 1953, auch in: Nachlass Böck 67; *Lehning* Bd. I 292.
- ³⁵³ Archiv der Hanns-Seidel-Stiftung, LfE 29. 5. 1951.
- ³⁵⁴ Auch Hundhammer war dies nicht ganz gelungen. Er hatte teilweise als liberal geltende Beamte marginalisieren, aber den im ersten Kabinett Ehard von der SPD gestellten Staatssekretär Claus Pittrof mit der Kritik an seiner Schulpolitik lange nicht zum Schweigen bringen können. *Müller* (1995) 35–38, 215. 1946 hatte man unter der Regierung Hoegner in der CSU auch noch geklagt, dass unter dem von der SPD gestellten Kultusminister Dr. Franz Fendt im Ministerium laufend der SPD genehme Beamte eingestellt würden. Die CSU 1945–1948. Protokolle und Materialien zur Frühgeschichte der Christlich-Sozialen Union. Hrsg. v. Barbara Falt und Alf Mintzel (Texte und Materialien zur Zeitgeschichte, Bd. 4). München 1993, S. 36.
- ³⁵⁵ Zur Gliederung des Ministeriums: BayHStA, Nachlass Schwalber 91; Bayerisches Jahrbuch, 56. Jg. (1952), S. 76f.
- ³⁵⁶ Archiv der Hanns-Seidel-Stiftung, LfE 29. 5. 1951.
- ³⁵⁷ BayHStA, Nachlass Schwalber 8, Bögl an Schwalber, 25. 12. 1957.
- ³⁵⁸ Archiv der Hanns-Seidel-Stiftung, LfE 26. 5. 1951.
- ³⁵⁹ *Lehning* Bd. I 310f.
- ³⁶⁰ *Lehning* Bd. Is 300f.
- ³⁶¹ *Schlemmer* 154f.
- ³⁶² *Schlemmer* 307, Anm. 356.
- ³⁶³ *Alf Mintzel*: Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei 1945–1972 (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Bd. 26). Opladen 1975, S. 705, 708.
- ³⁶⁴ Archiv der Hanns-Seidel-Stiftung, LfE 14. 11. 1951. Dabei ging es darum, ob der Schuljahrsbeginn weiter im Herbst oder an Ostern liegen sollte.
- ³⁶⁵ Verhandlungen des Bayerischen Landtags, II. Tagung 1951/52 Bd. II 700f.
- ³⁶⁶ Verhandlungen des Bayerischen Landtags, II. Tagung 1951/52 Bd. II 704f.
- ³⁶⁷ Verhandlungen des Bayerischen Landtags, II. Tagung 1951/52 Bd. II 706f.
- ³⁶⁸ Verhandlungen des Bayerischen Landtags, II. Tagung 1951/52 Bd. II 708f.
- ³⁶⁹ Verhandlungen des Bayerischen Landtags, II. Tagung 1951/52 Bd. II 709f.
- ³⁷⁰ BayHStA, Nachlass Schwalber 89, Pfeiffer an Schwalber, 14. 1. 1952.
- ³⁷¹ BayHStA, Nachlass Schwalber 89, Schwalber an Pfeiffer, 9. 4. 1952.
- ³⁷² BayHStA, Nachlass Schwalber 88, Schwalber an Strauß, 11. 2. 1954. Auch Werner Dollinger holte sich mit einer Empfehlung eine Abfuhr. Nachlass Schwalber 90, Schwalber an Dollinger, 17. 12. 1953.
- ³⁷³ Dem Bischof von Bamberg und Weihbischof Neuhäusler schlug er jeweils den Wunsch einer Wiedereinstellung von ihnen empfohlener ehemaliger Nationalsozialisten in den höheren Schuldienst ab. BayHStA Nachlass Schwalber 89, Schwalber an Weihbischof Neuhäusler, 22. 5. 1951; Schwalber an Bischof Kolb, 12. 1. 1954.
- ³⁷⁴ BayHStA, Nachlass Schwalber 6, Schwalber an den Landeshauptmann von Vorarlberg, Dr. Kolb, 22. 4. 1955.
- ³⁷⁵ BayHStA, Nachlass Schwalber 89, Schwalber an Pfeiffer, 9. 4. 1952.
- ³⁷⁶ BayHStA, Nachlass Böck 168, *Karl Böck*: Mein Dienst im Kultusministerium 8. 8.
- ³⁷⁷ CSU-Correspondenz vom 9. 10. 1954, 6. Jahrgang, Nr. 3.
- ³⁷⁸ Der Spiegel vom 3. 3. 1954, Nr. 10, S. 18.
- ³⁷⁹ Abendzeitung vom 21. 12. 1954, Nr. 296, S. 5.
- ³⁸⁰ Im Staatsarchiv München befinden sich für diesen Zeitraum noch keine Akten des Landratsamts Dachau:
- ³⁸¹ Dachauer Nachrichten vom 30. 10. 1957, Nr. 261. Eine Anekdote aus dem Wahlkampf berichteten die Dachauer Nachrichten am 27. 11. 1957, Nr. 285: »Mir einem Mordstrum Stilet kloppte zu Beginn einer Landratswahlversammlung in Indersdorf deren Leiter, der weitem bekannte »Veitbauer« Krimmer, Ottmarhart, an sein Bierglas und verkündete dann: »Hiermit eröffne ich die Versammlung. Ich heiße den Referenten, Herrn Staatsminister a. D. Dr. Schwalber herzlich willkommen und bitte ihn sich kurz zu fassen, weil abends hier noch eine Versammlung vom Veteranenverein stattfindet. Sprach's, setzte sich hin und legte das Stilet direkt neben das Manuskript von Schwalbers Rede auf den Tisch ...«.
- ³⁸² Dachauer Nachrichten vom 11. 11. 1957, Nr. 271.
- ³⁸³ Dachauer Nachrichten vom 2. 12. 1957, Nr. 289, 3. 12. 1957, Nr. 290; Dachauer Volksbote vom 2. /3. 12. 1957, Nr. 57, S. 2.
- ³⁸⁴ Dachauer Volksbote vom 10. /11. 3. 1958, Nr. 29, S. 3.
- ³⁸⁵ Dachauer Volksbote vom 23. 2. 1960, Nr. 28, S. 8.
- ³⁸⁶ Dachauer Volksbote vom 16. 11. 1963, S. 6.
- ³⁸⁷ Schwalber an Geistlichen Rat Dekan Beyer, 21. 2. 1962, BayHStA, Nachlass Schwalber 44.
- ³⁸⁸ Dachauer Nachrichten vom 26. 9. 1961, Nr. 230 und 7./8. 10. 1961, Nr. 240; Dachauer Volksbote vom 14. 12. 1961, S. 5. Zu dem Antrag für die Kreisfreiheit Dachauer Volksbote vom 17. /18. 4. 1957, S. 3.
- ³⁸⁹ Dachauer Nachrichten vom 14. /15. 10. 1961, Nr. 246.
- ³⁹⁰ Dachauer Nachrichten vom 4. 12. 1961, Nr. 289, 12. 12. 1961, Nr. 296; 19. /20. 5. 1962, Nr. 120, Dachauer Volksbote vom 19. 5. 1962, S. 6.
- ³⁹¹ Dachauer Nachrichten vom 28. 10. 1957, Nr. 259, 29. 10. 1957, Nr. 260, 9. /10. 11. 1957, Nr. 270 und 12. 11. 1957, Nr. 272; Dachauer Volksbote vom 24. /25. 4. 1957, S. 2, 26. /27. 4. 1957, S. 2 und 31. 10. 1957, Nr. 262.
- ³⁹² Dachauer Nachrichten vom 5. 11. 1957, Nr. 266; in ähnlichem Sinn Äußerung nach Dachauer Nachrichten vom 20. 11. 1957, Nr. 279.
- ³⁹³ Dachauer Volksbote vom 16. 5. 1959, S. 4; vgl. Dachauer Nachrichten vom 14. 5. 1959, Nr. 115; 16. /18. 5. 1959, Nr. 118; 23. /24. 5. 1959, Nr. 123.
- ³⁹⁴ Dachauer Nachrichten vom 24. 3. 1960, Nr. 72.
- ³⁹⁵ BayHStA, Nachlass Schwalber 44, Schwalber an Nicolaus, 11. 12. 1958.
- ³⁹⁶ BayHStA, Nachlass Schwalber 44, Schwalber an Buttersack, 29. 11. 1961.
- ³⁹⁷ BayHStA, Nachlass Schwalber 44, Dr. Hans Geissler an Schwalber, 20. 12. 1961.
- ³⁹⁸ Dachauer Nachrichten vom 2. 11. 1961, Nr. 266.
- ³⁹⁹ BayHStA, Nachlass Schwalber 44, Schwalber an den Präsidenten des Bezirkstags von Oberfranken, Hans Rollwagen, 29. 2. 1960.
- ⁴⁰⁰ BayHStA, Nachlass Schwalber 44, Reischl an Schwalber, 22. 4. 1959.
- ⁴⁰¹ BayHStA, Nachlass Schwalber 44, Schwalber an Reischl, 5. 5. 1959; vgl. auch dazu Schwalbers Ausführungen an die Adresse der Kreishandwerkerschaft. Dachauer Nachrichten vom 17. /18. 10. 1959, Nr. 249.
- ⁴⁰² Zu ihm: *Monika Lücking/Franz Pawelka*: Pater Leonhard Roth und die KZ-Gedenkstätt Dachau. In: Amperland, 42 Jg. (2006), S. 331–338 und 349–356.
- ⁴⁰³ BayHStA, Nachlass Schwalber 44, Roth an Schwalber, 11. 12. 1958.
- ⁴⁰⁴ BayHStA, Nachlass Schwalber 44, Schwalber an Roth, 10. 12. 1958.
- ⁴⁰⁵ BayHStA, Nachlass Schwalber 44, Roth an Schwalber, 19. 12. 1958.
- ⁴⁰⁶ BayHStA, Nachlass Schwalber 44, Schwalber an Generalvikar Fuchs, 22. 12. 1958.
- ⁴⁰⁷ BayHStA, Nachlass Schwalber 44, Schwalber an Hundhammer, 29. 3. 1961. Die Ostermärsche gegen nukleares Wettrüsten und eine atomare Bewaffnung der Bundesrepublik hatten erstmals im Vorjahr stattgefunden. Zu ihnen: *Karl. A. Otto*: Vom Ostermarsch zur APO. Geschichte der außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik 1960–1970, Frankfurt am Main/New York 1979.
- ⁴⁰⁸ Dachauer Volksbote vom 15. 11. 1960, S. 6.
- ⁴⁰⁹ *Wolfram Witte*: Das Massensterben als »Heldenepos«. Stalingrad in der NS-Propaganda. In: Stalingrad. Mythos und Wirklichkeit einer Schlacht. Hrsg. v. Wolfram Witte und Gerd R. Ueberschär. Frankfurt a. M. 1992, S. 43–60, hier S. 52.
- ⁴¹⁰ Dachauer Volksbote vom 21. 11. 1961, S. 4.
- ⁴¹¹ BayHStA, Nachlass Schwalber 6, Schwalber an Konrad, 10. 1. 1956; Schwalber an Remold, 23. 5. 1969.
- ⁴¹² *Hermann Frank Meyer*: Blutiges Edelweiß. Die 1. Gebirgs-Division im Zweiten Weltkrieg. Berlin 2008, S. 669.
- ⁴¹³ BayHStA, Nachlass Schwalber 6, Schwalber an Graf, 21. 8. 1956; Graf an Schwalber, 4. 9. 1954.
- ⁴¹⁴ BayHStA, Nachlass Schwalber 8, Schwalber an Remold, 23. 5. 1969.
- ⁴¹⁵ BayHStA, Nachlass Schwalber 8, Schwalber an Remold, 23. 5. 1969.
- ⁴¹⁶ Bayern im Umbruch. Die Revolution von 1918, ihre Voraussetzungen, ihr Verlauf und ihre Folgen. Hrsg. v. Karl Bosl. München und Wien 1969.
- ⁴¹⁷ *Heinrich Hillmayr*: Roter und weißer Terror in Bayern nach 1918. Ursachen, Erscheinungsformen und Folgen der Gewalttätigkeiten im Verlauf der revolutionären Ereignisse nach dem Ende des Ersten Weltkrieges (Moderne Geschichte, Bd. II). München 1974.
- ⁴¹⁸ *Emil Julius Gumbel*: Vier Jahre politischer Mord. Berlin 1922.
- ⁴¹⁹ BayHStA, Nachlass Schwalber 6, Schwalber an Konrad, 10. 1. 1956.
- ⁴²⁰ Dachauer Nachrichten vom 30. 4. /1. 5. 1963, Nr. 103/104.
- ⁴²¹ *Thomas Mergel*: Staatlichkeit und Landesbewusstsein. Politische Symbole und Staatsrepräsentation in Bayern und Nordrhein-Westfalen 1945 bis 1975. In: Bayern im Bund Bd. 3 281–348, hier 335–338; *Edgar Wolfrum*: Geschichtspolitik in Bayern. Traditionsvermittlung, Vergangenheitsbearbeitung und populäres Geschichtsbewusstsein nach 1945. In: ebd. 349–410, hier 380–386; *Ulla-Britta Vollhardt*: Geschichtspolitik in Bayern. Das Haus der Bayerischen Geschichte zwischen Privatinitiative und Institutionalisierung (Münchner geschichtsdidaktisches Kolloquium, Heft 5). München 2003, S. 20–41, 50–60.
- ⁴²² Dachauer Nachrichten vom 10. 10. 1960, Nr. 243.
- ⁴²³ Dachauer Nachrichten vom 9. 11. 1959, Nr. 268; Dachauer Volksbote vom 10. 11. 1959, S. 7.
- ⁴²⁴ Dachauer Nachrichten vom 22. 12. 1960, Nr. 306.
- ⁴²⁵ Dachauer Nachrichten vom 14. /15. 5. 1960, Nr. 116.
- ⁴²⁶ Dachauer Volksbote vom 11. 6. 1959, S. 6.
- ⁴²⁷ BayHStA, Nachlass Schwalber 88 Schwalber an Dr. Josef B., 29. 8. 1963.
- ⁴²⁸ BayHStA, Nachlass Schwalber 8, Schwalber an den Direktor der Katholischen Akademie in Bayern, Dr. Karl Forster, 12. 12. 1957. In seiner Dissertation hatte er sich ja auf einem Spezialgebiet mit der christlichen Staatslehre befasst.
- ⁴²⁹ BayHStA, Nachlass Schwalber 8, Schwalber an Ministerialdirektor a. D. Dr. Josef Mayer, 12. 10. 1964.

Anschrift des Verfassers:
Dr. Paul Hoser, Am Glockenbach 8, 80469 München